

Geschäftsführerin des Jobcenters Mayen-Koblenz besucht VG-Verwaltung in Mendig

Arbeitslosigkeit reduzieren und Integration fördern



Austausch rund um aktuelle Themen des Jobcenter betreffend (von links): Ute Dernbach, Teilbereichsleiterin Schulen und Soziales VG-Verwaltung Mendig, Jörg Lempertz, Bürgermeister VG Mendig, Sandra Schumacher, Geschäftsführerin Jobcenter Mayen-Koblenz, und Pascal Badziong, Erster Kreisbeigeordneter Mayen-Koblenz. Foto: VG-Verwaltung Mendig/Stefan Pauly

Mendig. Sandra Schumacher ist seit dem 1. September neue Geschäftsführerin im Jobcenter Landkreis Mayen-Koblenz und hat somit die Nachfolge von Rolf Koch angetreten, der insgesamt 18 Jahre im Amt war. 2005 begann die Diplom-Volkswirtin Sandra Schumacher ihre berufliche Karriere im Jobcenter als Fachassistentin im Bereich Controlling und Finanzen. Nach ihrer Tätigkeit im Bereich Personal, Finanzen und Controlling übernahm sie 2020 die Leitung des Bereichs „Markt und Integration“ und war ab diesem Zeitpunkt auch stellvertretende Geschäftsführerin des Jobcenters Landkreis Mayen-Koblenz.

Zusammen mit dem Ersten Kreisbeigeordneten Pascal Badziong, Vorsitzender des Werkausschusses, der die Beschlüsse des Kreistages in allen Angelegenheiten des Eigenbetriebs „Jobcenter Landkreis Mayen-Koblenz“ berät, besuchte die neue Geschäftsführerin jüngst die VG-Verwaltung Mendig, um sich mit Jörg Lempertz, Bürgermeister VG Mendig, und Ute Dernbach, Teilbereichsleiterin Schulen und Soziales, über aktuelle Themen auszutauschen.

Das Jobcenter Mayen-Koblenz betreut derzeit circa 10.000 Personen, davon sind 6.600 erwerbsfähige Leistungsberechtigte. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften beläuft sich auf rund 5.000, die von 212 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern betreut werden.

„Das Jobcenter ist für uns ein wichtiger Partner, um Menschen eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt zu geben. Zudem ist es ein wichtiger Baustein für die Integration“, fasste Jörg Lempertz den Stellenwert des Jobcenters zusammen. „Für uns ist der Austausch und die Zusammenarbeit mit den Kommunen wichtig, um berufliche Perspektiven aufzuzeigen, Arbeitslosigkeit zu reduzieren und Integration auf einen erfolversprechenden Weg zu bringen“, ergänzte Pascal Badziong.

Im Rahmen eines Interviews äußerte sich Sandra Schumacher zu aktuellen Themen.

Was hat sich eigentlich mit der Umstellung von sogenannten „Hartz IV-Leistungen“ auf das „Bürgergeld“ geändert?

Sandra Schumacher: Mit Einführung des Bürgergelds wurde der Vermittlungsvorrang abgeschafft. Es wird ein größerer Schwerpunkt auf Qualifizierungen und Weiterbildungen gelegt. Um einen stärkeren Anreiz zur Aufrechterhaltung oder Aufnahme einer Beschäftigung zu schaffen, wurden die Freibeträge, die auf das Erwerbseinkommen gewährt werden, erhöht. Damit sich Leistungsberechtigte verstärkt auf die

Arbeitsuche konzentrieren können, werden die Kosten für Miete, Nebenkosten in den ersten 18 Monaten des Leistungsbezuges in tatsächlicher Höhe getragen. Ursprünglich wurden nur während der ersten sechs Monate des Leistungsbezuges die tatsächlichen Kosten der Unterkunft übernommen, danach erfolgte die Absenkung auf die angemessenen Kosten.

Wie betreuen Sie insbesondere junge Leistungsempfänger?

Sandra Schumacher: An jedem von unseren vier Standorten gibt es Mitarbeitende, die sich speziell um junge Menschen kümmern. Wichtig ist uns eine enge und frühzeitige Betreuung der Jugendlichen. Nur so kann der Übergang Schule und Beruf für unsere Jugendliche gewährleistet werden. Neben der aufsuchenden Arbeit, erfolgt auch eine enge Abstimmung mit den Schulen und den Jugendhäusern im Landkreis. Gemeinsam mit den drei Jugendämtern im Landkreis (Kreisverwaltung Mayen-Koblenz, Stadt Mayen und Stadt Andernach) und der Bundesagentur für Arbeit arbeiten wir im Rahmen des Projektes „Jugendberufsagentur plus“ zusammen am Übergang Schule und Beruf.

Welche besonderen Herausforderungen muss sich das Jobcenter mit Blick auf geflüchtete Menschen stellen?

Sandra Schumacher: Wichtig ist für uns der Spracherwerb der Menschen. Ein gewisses Niveau an deutschen Sprachkenntnissen ist wichtig, um die Integration in Deutschland zu schaffen. Sprachkurseangebote vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) stehen nicht immer ausreichend zur Verfügung. Dies hat Wartezeiten zu Folge, die den Integrationsprozess verlangsamen. Auch die Anerkennung von im Ausland erworbenen Schul-, Studien- und Ausbildungsabschlüssen ist eine Herausforderung. Auch hier gibt es nicht genügend Angebote. Die Integration in Gesellschaft und Arbeit kann nur dann gelingen, wenn alle Partner gemeinsam an den Herausforderungen arbeiten. Hervorzuheben ist in diesem Bereich das Lotsenhaus in Koblenz. Hier arbeiten alle Partner für die Zielgruppe zusammen, um gemeinsam die Herausforderungen anzugehen. Auch das Jobcenter MYK ist Teil des Lotsenhaus. Dieses Projekt ist bisher einmalig im Bundesgebiet und kann Vorbild auch für andere Bereiche sein.

Welche Rolle nimmt die kommunale Beschäftigungsgesellschaft „KommAktiv“ in der Arbeit des Jobcenters ein?

Sandra Schumacher: Die „Komm-Aktiv“ ist ein wichtiger Partner für die Integrationsarbeit im Jobcenter. Neben den Arbeitsgelegenheiten, die seit 2005 durchgeführt werden, führt die „Komm-Aktiv“ auch mittlerweile weitere Projekte für unsere Kunden und Kundinnen durch, so zum Beispiel auch Sprachkurse. Die „Komm-Aktiv“ als Partner an unserer Seite ermöglicht uns schnell auf neue Herausforderungen zu reagieren und schnelle Hilfe für die Kunden und Kundinnen in der Region sicherzustellen.

Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit Unternehmen?

Sandra Schumacher: Das Jobcenter hat einen eigenen Bereich, der sich speziell um die Zusammenarbeit mit Unternehmen kümmert. Das Jobcenter führt zum Beispiel Jobmessen oder Bewerberrunden gemeinsam mit Unternehmen durch. In diesem Jahr hat auch erstmal eine Kooperation beim Projekt „Firmen-Check“ der Werbegemeinschaft Mendig e.V. stattgefunden.

Was wünschen Sie sich für Ihre Tätigkeit als Geschäftsführerin?

Sandra Schumacher: Ich wünsche mir, dass das Jobcenter eine wichtige Rolle in der Region spielt. Das Jobcenter soll eng mit lokalen Unternehmen, den Kommunen und anderen Organisationen im Landkreis zusammenarbeiten, um die Beschäftigungsmöglichkeiten in der Region zu verbessern und die Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Ich wünsche mir, dass das Jobcenter nicht nur zur wirtschaftlichen Entwicklung beiträgt, sondern auch zur sozialen Integration in der Region.

Die Fragen stellte Stefan Pauly.

Pressemitteilung

Verbandsgemeinde Mendig